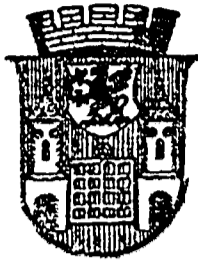


Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 61

Montag, den 12. März 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

Der Dreierausschuß für die St. Gotthard-Affäre hat weitgehende Vollmachten verlangt.
Der Völkerbundsrat hat seine 49. Tagung beendet. Bei der Neuwahl der Saarregierung wurde der deutsch-feindliche Belgier Lambert durch Bürgermeister Ernroth-Hessingjors ersetzt.
In der preussischen Akademie der Künste wurde die Albrecht-Dürer-Ausstellung eröffnet.
Das diplomatische Korps in Peking ersucht die Regierungen um ein gänzlich Verbot von Waffenlieferungen nach China.
Auf der Eisenbahnstrecke Boeslars-Kienberg entgleiste auf offener Strecke ein Personenzug. Der Lokomotivführer wurde getötet, sechs Reisende wurden verletzt.
In einem Bergwerk bei Legutlan wurden 30 Bergleute verschüttet.

Die Ratstagung beendet.

Die letzten Verhandlungen. — Neuwahl der Regierungskommission für das Saargebiet. — Die St. Gotthard-Angelegenheit vertagt.

Der Völkerbundsrat hat seine 49. Tagung beendet. Zur raschen Verabschiedung der noch zu behandelnden Gegenstände wurden am Sonnabend zwei Sitzungen abgehalten. Die wichtigsten Beratungsgegenstände bildeten die Neuwahl der Saarregierungs-Kommission und die Waffen-Affäre von St. Gotthard. Im einzelnen über die Verhandlungen noch folgendes zu berichten:

In der ersten öffentlichen Sitzung am Sonnabend nahm der Rat einen Bericht Dr. Stresemanns über das Anleihegeschäft Portugals entgegen und beschloß darauf die Vertagung der Angelegenheit bis zur Juni-tagung. Die Berichte über die Verwendung der Völkerbundsbeiträge für Desterreich, Ungarn und Estland wurden genehmigt. Danach wurde die Sitzung für vertraulich erklärt. Der Rat schritt zur Neuwahl der Regierungskommission für das Saargebiet und verlängerte das Mandat der jetzigen Mitglieder der Regierungskommission auf ein weiteres Jahr. Der deutschfeindliche Belgier Lambert scheidet aus und an seine Stelle tritt der Bürgermeister der sinnischen Hauptstadt Helsingjors Ernroth in die Regierungskommission ein. Damit hat der Rat endlich einem

berechtigten Wunsch der deutschen Bevölkerung Rechnung getragen.

Wenn Deutschland sich bisher auch mit der Saar-Kommission abfinden mußte, so ist es doch selbstverständlich, daß für Leute, die dem Deutschland ohne Verstandnis, ja mit Feindseligkeit gegenüberstehen, in der Saarregierung kein Platz sein kann!

Zum Schluß der Besetzung wurde der Bericht des zur Prüfung der Waffenaffäre von St. Gotthard eingesetzten Dreierkomitees entgegengenommen. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß die Arbeiten des Komitees noch nicht abgeschlossen werden konnten. Den endgültigen Bericht wird das Komitee an der nächsten Tagung im Juni nach weiteren Erhebungen auf Grund noch vorzuliefernder Dokumente und weiterer Auskünfte erstatten. In der Zwischenzeit soll das Komitee weiterarbeiten, und wenn dies für notwendig hält, auch durch technische Sachverständige des Völkerbundes Erhebungen an Ort und Stelle vornehmen lassen können.

Der Optantenstreit vertagt.

Zusammenstoß zwischen Chamberlain und Titulescu. Ein neues Kompromiß.

Am die Beilegung des ungarisch-rumänischen Optantenstreits war in letzter Stunde noch ein erbitterter Kampf vor dem Völkerbundsrat in Genf entbrannt, der mit der Vertagung der Angelegenheit bis zum Juni endete. Trotzdem hat der Streitfall unbedingt eine neue Wendung genommen. Chamberlain hatte bekanntlich unter einmütigem Beifall der Ratsmitglieder angeregt, das alte ungarisch-rumänische Schiedsgericht unter Hinzuziehung von zwei Persönlichkeiten aus den früher neutralen Ländern erneut in Tätigkeit treten zu lassen. Graf Apponyi erklärte sich für Ungarn damit einverstanden, der rumänische Außenminister Titulescu, der sich bisher gern als den „treuesten und untertänigsten Sohn des Völkerbundes“ ausgiebte, machte jedoch Vorbehalte.

Der Rat sollte dem Antrag Chamberlains einen Passus anhängen, durch den der Rat seine frühere, Rumänien günstige Empfehlung, aufrechterhält. Chamberlain geriet in Erregung, schlug mit der Faust auf den Tisch und erklärte, das Bedenke eine glatte

Ablehnung. Rumänien sollte es sich zweimal überlegen, ob es sich dem Rat nicht fügen und so diese peinliche Angelegenheit aus der Welt schaffen wolle. Briand redete dem rumänischen Vertreter gut zu und beschwor ihn, die Entscheidung anzunehmen. Schließlich gelang es, mihlselig ein Kompromiß zu finden, in dem der Rat in einer Einleitung zum englischen Antrag zum Ausdruck bringt, daß er seine Empfehlung vom September 1927 auch weiterhin für nützlich erachtet.

Mit diesem einstimmig angenommenen Beschluß des Rates, für den weder Titulescu noch Graf Apponyi gestimmt haben, werden die Vertreter der beiden Parteien gleichzeitig gebeten, diese Stellung des Rates ihren Regierungen mitzuteilen, damit die Frage in der nächsten Ratstagung von neuem vor dem Rat behandelt werden kann. Der Optantenstreit wird somit im Juni zum 10. Male den Völkerbundsrat beschäftigen.

Das Genfer Kompromiß.

Untersuchung in St. Gotthard durch Sachverständige. — Ungarn stimmt zu. — Schluß der Ratstagung.

Die Ratstagung des Völkerbundsrats hat einen unerwartet glatten Abschluß gefunden. In der letzten Sitzung am Sonnabend nachmittag verlas der Bericht des Komitees über die Untersuchung des St. Gotthard-Konfliktes betrauten Dreier-Ausschusses, der holländische Außenminister Belders van Blootland, einen einseitigen Bericht, dem sowohl die Vertreter der Kleinen Entente als auch der Vertreter Ungarns zustimmten.

In dem Bericht wird betont, daß es in der kurzen Zeit nicht gelungen sei, den Zwischenfall von St. Gotthard restlos aufzuklären, weshalb es notwendig wäre,

eine weitere eingehendere Prüfung

unter Hinzuziehung aller geeigneten Materials vorzunehmen. Dazu gehören nach Meinung des Ausschusses ergänzende Auskünfte der ungarischen Regierung über verschiedene Punkte, die Zeit beanspruchen.

„Das Komitee wird“, so heißt es in der Entscheidung dann wörtlich, „gegebenenfalls von dem Rechte Gebrauch machen, das ihm durch die Entscheidung des Rates übertragen wurde, um technische aus den Organen des Völkerbundes gewählte Sachverständige zu konsultieren, die an Ort und Stelle entsandt werden können, wenn das Komitee dies für die Durchführung seiner Aufgabe als wünschenswert ansieht.“

Das Komitee wird in späteren Zusammenkünften die so gesammelten Dokumentationen einer Prüfung unterziehen. Es beabsichtigt, dem Rat vor seiner nächsten Tagung im Juni seinen Bericht zu übermitteln.“

Zum Schluß teilte der Ausschuss mit, daß er zu Beginn seiner Beratungen auch die Frage „einseitiger Verfügungen“ unterzucht habe, die in ähnlichen Fällen, wie den seinen Arbeiten zugrunde liegenden zu urteilen wären und behält sich vor, auf die Frage einer damit verbundenen Erweiterung der Machtbefugnisse des Ratspräsidenten in seinem Juni-Bericht zurückzukommen.

Nach der Verlesung des Berichts wiesen die Vertreter der Kleinen Entente in kurzen Erklärungen auf „den ganzen Ernst des Zwischenfalls“ hin und verlangten, unter Betonung ihres vollen Vertrauens auf den Rat, daß alle notwendigen Maßnahmen ergriffen würden. Der ungarische Vertreter, General Tanczos, legte nochmals dar, daß nach der von seiner Regierung vorgelegten Denkschrift eine weitere Untersuchung nicht mehr notwendig sei. „Wenn aber der Rat“, so fügte er hinzu, „den vorliegenden Bericht annimmt und wenn in der Folge das Komitee glauben sollte, Sachverständige entsenden zu müssen, so bin ich überzeugt, daß die ungarischen Behörden zur Erleichterung ihrer Aufgabe bereit sind.“

Darauf erklärte der Ratsvorsitzende Arratia den einstimmigen Bericht für angenommen und die 14. Ratstagung für geschlossen.

Das Echo in Ungarn.

Zu dem vom Völkerbundsrat im Zusammenhang mit dem Zwischenfall von St. Gotthard gefassten Beschluß hebt die ungarische Presse im allgemeinen den auffälligen Charakter dieses Beschlusses hervor. Im Zusammenhang mit der Erörterung dieser Frage weisen die Blätter darauf hin, daß die Kleine Entente in ihrer Presse den Zwischenfall zur Förderung der Errichtung einer ständigen Militärkontrolle benützt habe und daß sie weder mit diesem Plane, für den es übrigens keinerlei Rechtsgrundlage und keinerlei

Möglichkeit gebe, noch mit ihrem Vorschlag auf Einleitung der militärischen Investigation einen Erfolg zu erzielen vermöchte.

Beisprechungen Stresemanns in Genf.

Während Chamberlain und Briand noch am Sonntagabend Genf verlassen, ist die Abreise der deutschen Delegation frühestens Montag zu erwarten. Der Grund für diese Verzögerung bilden die Beisprechungen Dr. Stresemanns mit den in Genf anwesenden Außenministern hatte, darunter eine Unterredung mit dem polnischen Minister des Äußern Jaleski und eine zweite mit dem rumänischen Minister des Äußern Titulescu, die beide den bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen mit diesen Ländern gelten.

Sabotageakte im Donezbecken.

Schlechte Verhaftungen von Ingenieuren, Technikern und Angestellten.

In der russischen Kohlenindustrie im Donezbecken sind umfangreiche Verhaftungen vorgenommen worden, die sich auf Ingenieure, Techniker und Angestellte der Gruben erstrecken. Nach einem Bericht des Staatsanwalts beim Obersten Gerichtshof der Sowjetunion sollen die Verhafteten einer gegenrevolutionären Organisation im Bezirk Schachty angehört haben, die auf die Zerstörung der Steinkohlenindustrie hinarbeitete. Im übrigen wird in dem der Presse übergebenen Bericht der russischen Staatsanwaltschaft noch folgendes ausgeführt:

„Die Untersuchung hat ergeben, daß die Zentrale der Organisation sich im Ausland befindet und aus ehemaligen Eigentümern und Aktionären der Kohlenunternehmungen des Donezbeckens besteht. Als Agenten dieser Organisation in der Sowjetunion dienen eine Gruppe Ingenieure, Techniker und Arbeiter, sowie eine Reihe von Angestellten, die systematisch Gehalt von ihren ehemaligen Direktoren und Sonderbezüge von Agenten des ausländischen Spionagedienstes bezogen. Die Organisation befaßt sich hauptsächlich mit böswilliger Sabotage und Unterhöhlung der Kohlenwirtschaft durch unrationelle Sanitätsmaßnahmen, unnötige Ausgaben, sowie direkte Zerstörung von Gruben, Bergwerken und Fabriken durch Brandstiftungen, Explosionen und Beschädigung der Maschinen.“

Zum Schluß heißt es noch, aberaß, wo Leute dieser Organisation Anstellung gefunden hätten, seien die Unternehmen katastrophal zurückgegangen. Man wird abwarten müssen, ob es sich tatsächlich um Sabotageakte größten Stils handelt, oder ob man in Moskau die Angelegenheit aufbaut, um die Schuld an den zweifellos vorhandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten den „Organisationsmitgliedern“ in die Schuhe schieben zu können. Daß eine derartige Organisation jahrelang unentdeckt gearbeitet haben soll, ist schwer vorzustellen.

Die Verhaftungen im Donezgebiet bestätigt.

Berlin, 12. März. Nach einer halbamtlichen Mitteilung treffen die Presse-meldungen, denen zufolge im Donez-Gebiet (Ukraine) eine Reihe von Verhaftungen, u. a. auch deutscher Ingenieure und technischer Angestellter, denen ihnen zur Last gelegter Industriesabotage erfolgt ist, zu. Der deutsche Botschafter in Moskau hat in dieser Angelegenheit die erforderlichen Schritte eingeleitet. Zur Zeit liegt eine genügende Aufklärung der Angelegenheit noch nicht vor. — Einer Meldung aus Moskau zufolge wurden insgesamt sechs deutsche Ingenieure, darunter drei von der U. E. G., verhaftet.

Die Freigabebill unterzeichnet.

Der Präsident der Vereinigten Staaten stellt seine Bedenken zurück.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Coolidge, hat die von allen parlamentarischen Instanzen angenommene und vom Schatzamt befristete Freigabe-Bill für das während des Krieges beschlagnahmte deutsche Eigentum nunmehr unterzeichnet. Die Verzögerung in der Unterzeichnung der Bill seitens des Präsidenten beruhte darauf, daß der Kongreß das Gesetz mit Gehalts erhöhungen für Beamte belastete, die dem Präsidenten nicht gefielen. Diese Erhöhungen haben an sich mit dem Gesetz nichts zu tun; es ist nur üblich, dem Präsidenten genehme Gesetzentwürfe mit anderen wichtigen Sachen, die durchgedrückt werden sollen, zu belasten.